

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/53

17. März 1977

Bundestag hatte eine große Stunde

Ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Verfassung

Von Björn Engholm MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres der SPD-Bundes-
tagsfraktion

Seite 1 und 1a / 63 Zeilen

Gebot der Vernunft findet zunehmend Parteigänger

EKD-Stellungnahme zum Gesundheitswesen sollte nach-
denklich stimmen

Von Jürgen Egert MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für
Arbeit und Soziales

Seite 2 / 33 Zeilen

Bürgerinitiativen - eine APD '77?

Sozialdemokraten haben die Konsequenzen gezogen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Seite 3 und 4 / 47 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Bohmler

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressenhof 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 38 80
Telex: 08 06 846-49 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 65 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Bundestag hatte eine große Stunde

Ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Verfassung

Von Björn Engholm MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres der SPD-Bundestagsfraktion

Die abschließende parlamentarische Behandlung des unseligen Abhör-falles durch das Plenum des Deutschen Bundestages war eine große Stun-
de der Legislative. Die Debatte, sieht man von den instinktlosen und
unappetitlichen Ausführungen des CDU-Abgeordneten Spranger ab, ließ
ein wenig von der Kraft spüren, die in unserem von der täglichen Klein-
arbeit verkrusteten Parlament vorhanden ist.

Nicht koalitionsapolitische Opportunität, nicht kleinmütiges Taktieren,
noch sterile Sicherheitsbeschwörungen bestimmten die Diskussion, son-
dern das leidenschaftliche und uneingeschränkte Bekenntnis zur Verfae-
sung als einzigem und letzten Maßstab für Recht, Freiheit und Solida-
rität.

Diese Debatte mit der im besten Sinne bewegenden und an große Tra-
ditionen anknüpfenden Rede des SPD-Abgeordneten Hugo Brandt war nicht
nur ein leidenschaftliches Verfassungsbekenntnis des Parlaments, war
nicht allein ein schmerzhaft deutlicher Appell an den Innenminister und
an alle jene, die unter seiner Verantwortung jenseits öffentlicher Ein-
sicht zum Schutze der Verfassung arbeiten, die Prinzipien des Rechts-
staates sensibel zu wahren, sondern auch ein Aufruf an alle Bürger im
Land, die Sache der Verfassung zu ihrer eigenen zu machen, sie lebendig
zu leben.

Dem verantwortlichen Minister, Prof. Dr. Werner Maihofer, wurde kri-
tisch distanzierteres Verständnis zuteil, das seine subjektive Entschei-
dungslast politisch anerkannte, ohne jedoch nachträgliche oder künftige
Legitimationen zu beinhalten.

Das den Verantwortlichen entgegengebrachte Verständnis wäre viel-
leicht ein wenig intensiver ausgefallen, hätte er es nur verstanden,
ein wenig deutlicher über seinen Schatten zu springen, ein wenig mehr
von jener Betroffenheit ahnen zu lassen, die viele Bürger in unserem
Land in diesem Fall verspürten.

Was den Verfassungsschutz angeht, so wurde die Kompliziertheit sei-
nes Auftrages, im Spannungsfeld zwischen kollektiven Sicherheitsbedürf-

nissen und individuellen Freiheitsrechten arbeiten zu müssen, durchaus anerkannt. Niemand glaubte, durch tabula-rasa-Forderungen das Problem lösen zu können. Aber ebenso deutlich wurde an die Grenzen seiner Tätigkeit erinnert: Verfassungsschutz sei dazu da, die Verfassung mit den von der Verfassung gedeckten Mitteln zu schützen, nicht sie durch zweifelhafte Methoden in Frage zu stellen. Und wie es zu den Aufgaben eines Dienstes gehört, im Vorfeld Gefährdendes und Belastendes zu orten, so gehört es im konkreten Fall auch zu seinen Aufgaben, Entlastendes entsprechend zu würdigen. Die Anlage von Operationen nach fragwürdigen Feindkriterien, das hat sich im Fall Dr. Traube gezeigt, führt zu nichts, außer zu einer kaum wiedergutzumachenden Ächtung eines Menschen.

Dr. Traube schließlich, der in einer etwas hölzernen und kargen Weise formell rehabilitiert wurde, muß jetzt auch weitergehende Genugtuung zuteil werden. Der Schaden wochenlangender öffentlicher Denunziation ist mit den wenigen parlamentarischen Sätzen des Ministers alleine nicht revidierbar.

Das Parlament ist aufgerufen, aus dem einmaligen "Fall" die Konsequenzen zu ziehen. Dazu bedarf es keiner Hektik, keiner Schnellschüsse, sondern besonnener und harter Arbeit aller im Bundestag vertretenen Kräfte. Dabei gilt es besonders zu prüfen, wie man die Kontrolle der zum Schutze unserer Sicherheit arbeitenden Dienste vertiefen und wie man zugleich die Qualität dieser Einrichtungen erhöhen kann. Dazu gehört auch die Prüfung der Frage, ob eine Weitergabe von Vorfelderkenntnissen an nichtstaatliche Stellen nicht zu unterbinden sei.

Der Deutsche Bundestag hatte eine große Stunde. Und die deutsche Sozialdemokratie, die in ihrer über 100jährigen Geschichte mehr als einmal bewiesen und erfahren hat, was es heißt, für den demokratischen Rechtsstaat einzutreten, ist in ihr mit neuen Impulsen hervorgetreten. Diese Impulse werden nicht versanden dürfen. Die Chance, Zeichen zu setzen, auch auf anderen Feldern, die konkreten politischen, sozialen und kulturellen Freiheitsrechte des Bürgers zu mehren und ihm neue Entfaltungsräume zu öffnen, muß genutzt werden.

(-/17.3.1977/bgy/1a)

+ + +

Gebot der Vernunft findet zunehmend Parteigänger

EKD-Stellungnahme zum Gesundheitswesen sollte nachdenklich stimmen

von Jürgen Egert MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Soziales

In der öffentlichen Auseinandersetzung um die Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen hat die Bundesregierung unvermutet einen weiteren Verbündeten gewonnen. Der Vorsitzende der Kammer für die Soziale Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland hat in erfrischender Deutlichkeit die Bundesregierung aufgefordert zu prüfen, ob die Verhältnisse im Gesundheitswesen nicht zu Monopolgewinnen führen, die mit den Regeln einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung nicht vereinbar sind.

Zur gleichen Zeit, wo sich die Partei mit dem C im Namen anschießt, sich aus der Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen gegenüber den Anbietern von Gesundheitsleistungen und in semantische Scheinalternativen flüchtet, ermuntert diese Stimme aus dem kirchlichen Lager die Bundesregierung, nicht nachzulassen in ihrem Bemühen, die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen.

Das von der Bundesregierung vorgeschlagene Maßnahmenbündel:

- Begrenzung des Zuwachses der ärztlichen Einkommen,
- Schaffen einer gleichgewichtigeren Einkommensstruktur innerhalb der Ärzteschaft,
- Einführen einer oberen Grenze bei den Aussagen der Arzneimittel,
- Stärken der Position der Krankenkassen innerhalb der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen

findet ungerufen auch geistlichen Zuspruch. Neben der bedeutsamen Unterstützung in der Sache tut es gut zu wissen, daß die Gebote der Vernunft zunehmend Parteigänger finden.

Die Ärzteschaft und ihre Interessenvertreter in den C-Parteien wären gut beraten, die Reaktion in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung sorgfältig zu gewichten und falschen Ratgebern unter den ärztlichen Standesfunktionären eine Absage zu erteilen. Das Angebot der Koalitionsfraktionen zum vorurteilsfreien Gespräch im Rahmen der gesetzten Eckdaten gilt weiter.

Der Bundestag ist jetzt am Zug, SPD und FDP warten auf konstruktive Beiträge der Anbieter von Gesundheitsleistungen. Die Stellungnahme der EKD sollte für die Beteiligten am Gesundheitswesen aber auch für die CDU/CSU und die Mehrheit im Bundesrat ein Anstoß sein, im Interesse der Patienten und Beitragszahler ihre Position zu überdenken. (-/17.3.1977/kr/10)

+ + +

Bürgerinitiativen - eine APD '77 ?

Sozialdemokraten haben die Konsequenzen gezogen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Die bisherigen Demonstrationen gegen Kernkraftwerke sind glimpflicher verlaufen, als viele befürchtet hatten. Die Bürgerinitiativen haben gewissermaßen ihre Feuerprobe bestanden: sie haben begriffen, daß sie ihrer Sache nicht dienen, wenn sie sich von Chapten und Rechts- oder Linksextremisten ins Schlepptau nehmen lassen. Sie wissen, daß Gewalt in unserem Rechtsstaat kein Mittel der Auseinandersetzung sein kann. Und das ist gut so. Damit ist ein klarer Trennstrich gezogen zu den Extremistengruppen, denen es nicht in erster Linie um den Willen des Bürgers, auch nicht um den Schutz unserer Umwelt geht, sondern um den Angriff auf Staat und Gesellschaft.

Trotzdem bleibt die Frage: Warum gibt es Wyhl und Brokdorf? Warum wehrt sich eine "Aktiongemeinschaft Schnellbahntrasse e. V." gegen die Pläne der Bundesbahn für einen Trassenbau zwischen Stuttgart und Mannheim? Ist hier nicht doch "etwas faul im Staate Dänemark"?

Jedenfalls stimmt es bedenklich, daß wir über 3 000 Bürgerinitiativen in der Bundesrepublik haben. Eine Umfrage hat ergeben, daß 59 Prozent der Bevölkerung in Bürgerinitiativen ein wirksames Mittel sehen, bestimmte Ziele durchzusetzen. Nach unserer Verfassung sind es die vom Volk gewählten Vertreter, also die Abgeordneten, die den Willen der Bevölkerung repräsentieren und die Regierung kontrollieren sollen. Tun sie es nicht genügend, oder wird ihnen ihre Aufgabe vielleicht zu sehr erschwert durch eine allgewaltige Bürokratie?

Ich bin selbst Vorsitzende einer Bürgerinitiative. Daher weiß ich, daß der Bürger oft das Gefühl hat, daß Staat, Parlamente, Parteien und Bürokratie einerseits und die Bevölkerung andererseits zu wenig Kontakt

zueinander haben. Dies muß sich ändern. Bürgerinitiativen sind ein notwendiges Korrektiv in einer Massendemokratie, aber auch ein Alarmzeichen -, und wir tun gut daran, sie ernst zu nehmen. Es ist nicht damit getan, dem Bürger vorzuwerfen, er wehre sich nur aus egoistischen Gründen. Das mag in manchen Fällen zutreffen. Aber erst Wyhl und Brokdorf haben klar gezeigt, daß das Energieprogramm nicht unverändert fortgeschrieben werden darf. Meine Partei hat daraus die Konsequenzen gezogen, daß eine völlig offene Debatte über die Energiefrage geführt werden muß, bevor neue Entscheidungen fallen. Aus diesem Grund hat die SPD-Bundestagsfraktion jetzt auch eine Große Anfrage zur Energiepolitik eingebracht.

Nicht selten sehen die Bürger Vorteile und Gefahren einer Entwicklung realistischer, als manche Politiker ahnen. So hat zum Beispiel das Umweltbewußtsein enorm zugenommen. Und es spricht sich allmählich herum, daß Umweltpolitik nicht Arbeitsplätze kostet, sondern im Gegenteil: Arbeitsplätze schafft, dadurch daß ganz neue Industrien entstehen können, wenn man den Gewässerschutz, die Luftreinhaltung, den Kampf gegen den Lärm umfassend in Angriff nimmt.

Kein Zweifel; gerade unsere parlamentarische Demokratie braucht jeden interessierten, aktiven Bürger, auch den protestierenden. Nur durch Offenheit und Mut zum Beseitigen von Fehlern kann Vertrauen wiederhergestellt werden, da, wo es verlorengegangen ist.

(-/17.3.1977/kr/10)

+ + +